

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postcheckkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen uhm. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erfüllung des Bezugsgebeldes. — Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Preis: Die sechsheftige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldmark drehelgaltene Reklamezeile (90 mm) 40 Goldmark. Abrechnungen und Rabatte gewährt nach unserem Tarif. Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). In den an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden. — Sonnabende: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 140 Dienstag, den 23. November 1926

Die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Der Konferenzort noch nicht bestimmt. Genf. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat mit einer kurzen Schlußsitzung seine zweite Sitzung beendet. Damit ist die dem Ausschuss vom Völkerverbundrat übertragenen Arbeiten im wesentlichen abgeschlossen.

Der in der Schlußsitzung genehmigte Bericht zu Händen des Völkerverbundrats enthält auch in seiner endgültigen Fassung keine Angabe über den Konferenzort, dessen Bestimmung in der nächsten Sitzung des Völkerverbundrats erfolgen wird. Obwohl man sich den Gründen nicht verschließt, die im Hinblick auf die Möglichkeit der Teilnahme Russlands für die Wahl eines außerhalb der Schweiz gelegenen Konferenzortes vorgebracht werden, glaubt man, daß die bereits vollzogene Konzentrierung der Vorarbeiten nach Genf für die Bestimmung des Konferenzortes ausschlaggebend sein wird.

In seiner Schlußansprache betonte der Vorsitzende, daß es dem Ausschuss, dank der bei allen Mitglieðern bestehenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit, gelungen sei, einige wichtige Probleme aus dem ungeheuren Fragenkomplex herauszugreifen, bei denen die Ansicht vorhanden sei, daß die nächste Konferenz, die Vertreter sämtlicher Kreise des Wirtschaftslebens aus aller Welt aufweisen wird, zu praktischen Beschlüssen kommen kann. Bei dem Aufbau des Weltfriedens könne man die wirtschaftlichen und politischen Fragen nicht trennen.

Hinsichtlich der Stoppis, die in gewissen Kreisen über den Erfolg der Konferenz vorhanden sei, gab er der Überzeugung Ausdruck, daß auch die Weltwirtschaftskonferenz einen guten Einfluß auf die Gesundheit des Wirtschaftslebens ausüben werde. Ein wichtiges Ergebnis der Konferenz wäre bereits erreicht, wenn dadurch die private und nationale Initiative durch eine internationale Initiative und dauernde internationale Zusammenarbeit unterstützt werden könnte.

Die mexikanisch-amerikanische Spannung.

London. Die feste Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Mexiko ist darauf zurückzuführen, daß die Washingtoner Regierung die Regierung Calles als eine Beherrschung des amerikanischen Kontinents und besonders der Ruhe in Zentralamerika ansieht. In amtlichen Kreisen wird die mexikanische Regierung als der westliche Vorposten des Bolschewismus bezeichnet und der Verweigerung Ausdrucks gegeben, daß auf ihren Einfluß die Kräfte in Nicaragua zurückzuführen seien, welche eine Bedrohung der freien Benutzung des Panamakanals darstellen.

Die amerikanische Regierung habe starke Flottenstreitkräfte in greifbarer Nähe und könnte erforderlichenfalls rasch Marinegruppen landen, und es sei nicht unwahrscheinlich, daß dies geschehen werde. Alle mexikanischen Schiffe, welche versuchen sollten, die Küstenländer in Nicaragua mit Waffen und Munition zu versehen, würden von den amerikanischen Kreuzern beschlagnahmt werden.

Die Aufnahme von Auslandskrediten.

Wanderung der Richtlinien. Wie einem gemeinsamen Rundschreiben des Ministers des Innern und des Finanzministers entnommen wird, haben die Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder, Gemeinden und Gemeindevereine in einigen Punkten eine geringfügige Wanderung erfahren. Hinsichtlich des Begriffs der Produktivität der Verwendungszwecke ist klarer als bisher zum Ausdruck gebracht worden, daß nicht die örtlichen Interessen ausschlaggebend sind, sondern wesentlich ist, daß die aus Auslandsmitteln zu erzielenden Anlagen unmittelbar oder mittelbar der Förderung der Gesamtwirtschaft des Reiches dienen.

Bei der Prüfung der Frage der Dringlichkeit eines Anleiheprojektes ist in Erweiterung der bisherigen Richtlinien nicht nur zu berücksichtigen, ob die Anlagen als solche unbedingt notwendig sind, sondern auch in Betracht zu ziehen, ob der Gesamtertrag der bewerkstelligten Auslandsanleihe über die Zahl der vorliegenden Einträge eine Höhe erreicht hat, die im Interesse der Währung oder der zu erzielenden Anleihebedingungen zunächst nicht überschritten werden darf.

Tragischer Tod zweier Deutscher bei Neapel.

Berlin. Auf tragische Weise sind zwei Deutsche am Postiplo nordwestlich von Neapel ums Leben gekommen. Es handelt sich um den Professor Otto Guzenbach und einen Fräulein Helene Kumbly, die die einzige auf der Felseninsel Capota gelegene Villa bewohnten, die mit dem Postiplo durch eine leichte Schwelbahn verbunden ist.

Als die beiden Deutschen nach der Villa zurückkehrten und Fräulein Kumbly sich gerade in dem Wagen der Schwelbahn befand, riß das Seil und der Wagen stürzte mit seiner Insassin ins Meer. Professor Guzenbach versuchte, seiner Gefährtin zu Hilfe zu kommen und sprang nach. Bei dem hohen Seegang war jeglicher Rettungsversuch zum Mißlingen verurteilt und beide ertranken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Der deutsche Wahlsieg in Ostoberschlesien unbestritten.

Das vorläufige Gesamtergebnis der Wahl. A. Weissen. Nachdem nunmehr auch aus den Landgemeinden Meldungen vorliegen, stellt sich das vorläufige Gesamtergebnis folgendermaßen dar: Unbestritten ist der deutsche Sieg im gesamten Industriegebiet. In Ratowitz-Stadt beträgt die deutsche Mehrheit 25 513 gegen 16 090 polnische Stimmen, in Königsbrunn 6800 gegen 4348, in Laurahütte 9932 gegen 5485, in Chorow 3172 gegen 1321. Im Landkreis Ratowitz stehen 42 717 deutsche 38 243 polnische Stimmen gegenüber. Im Kreis Schiwientochlowitz 41 493 deutsche 35 238 polnische Stimmen. Polnische Mehrheiten sind auf dem platten Lande der Kreise Rybnik und Pleß zustande gekommen.

In den ländlichen Kreisen Pleß und Rybnik stehen nach polnischen Quellen 90 000 polnische 31 000 deutschen Stimmen gegenüber. Selbst dieses Stimmverhältnis bedeutet einen Rückgang der polnischen Mehrheit dieser Gebiete bei der Volksabstimmung von 1921.

Neue Instruktionen für den schlesischen Woiwoden.

Warschau. Der schlesische Woiwode Grajzski ist mit neuen Instruktionen nach Ratowitz zurückgekehrt. Vor seiner Abreise hat er den Vertretern der regierungsfreundlichen Blätter eine Unterredung geführt. Er gab selbst zu, daß die Arbeitslosigkeit in Ostoberschlesien hohe Ziffern erreicht habe, die Krisis trotz der günstigen Kohlenkonjunktur weiter anhalte und die

Unzufriedenheit der Arbeiterbevölkerung.

Man dürfe nicht vergessen, so sagte er, daß Ost- und Westoberschlesien eng miteinander verbunden seien, viele ostoberschlesische Arbeiter in Westoberschlesien arbeiteten, weil sie dort besser bezahlt würden und weil infolge des regen Grenzverkehrs der Unterschied zwischen den deutschen und ostoberschlesischen Wirtschaftsverhältnissen täglich stark hervortrete und die Bevölkerung in Ostoberschlesien mit Bitterkeit erfülle.

Der Verwaltungsapparat der ostoberschlesischen Gruben und Hütten werde demnach von denjenigen Elementen, die die Arbeiterbevölkerung zugunsten Deutschlands favorisierten, gereinigt werden. In Zukunft würden in Ostoberschlesien bessere Verwaltungsmethoden angewandt werden; die

Polonisationsarbeit würde systematisch erfolgen.

und wohlbedacht werden, um den vollen Sieg der Polen in Ostoberschlesien zu garantieren. Außerdem würde die schlesische Woiwodschaft den anderen Provinzen Polens, also Kongresspolen und Galizien, wirtschaftlich und territorial einverleibt werden, die größeren Patriotismus an den Tag legten als die Bevölkerung von Ostoberschlesien.

Änderungen der Postordnung.

Ermäßigung verschiedener Gebühren. Berlin. Dem Verwaltungsrat der deutschen Reichspost wurde vom Arbeitsausschuss der Geschäftsbericht für 1925 vorgelegt. Bei der Besprechung über allgemeine Angelegenheiten wurde eine Entschärfung angenommen, angesichts der schlechten Beförderungsverhältnisse der Postbeamten den Herrn Reichspostminister zu erwirken, dahin zu wirken, daß, beim Etat 1927 ein ausreichender Teil von

Beamtenstellen in Beförderungstellen umgewandelt wird.

Von den angenommenen Änderungen der Postordnung, der Telegraphen- und der Postgesetzgebung sind insbesondere folgende zu erwähnen: Für die Ausstellung eines Sammelentlieferungsscheins über gleichzeitig aufgelistete gewöhnliche Pakete soll künftig nur die einfache Gebühr von 10 Pfg. erhoben werden. Zur Vereinfachung und Beschleunigung der Behandlung der Zeitungs Pakete sollen die Vorschriften über den Verstoß und die äußere Beschaffenheit der Zeitungs Pakete nicht mehr durch die Postordnung, sondern in Verwaltungsregeln festgelegt werden. Die äußere Kennzeichnung der Eisenbüchsen soll durch rote Durchzeichnung der Aufschrift und Unterzeichnung des Sitzstellennummers seitens des Absenders erfolgen. Die durch das Kaufstellungsverfahren entstehenden Selbstkosten der Post werden mit der bisherigen Gebühr von 20 Pfg. nicht abgegolten. Um einen Ausgleich zu schaffen, soll die Gebühr für Kaufzettel auf 50 Pfg. erhöht, aber nur dann erhoben werden, wenn sich herausstellt, daß die Sendung dem Empfänger ordnungsmäßig ausgehändigt ist und der Erlaß des Kaufstellens nicht durch die Post verschuldet ist. Postkarten, Briefumschläge usw. können künftig

wieder von der Reichsdruckerei mit dem Freimarkentempel versehen werden. Die Schließgebühren betragen jetzt 18 und 27 Mark jährlich, sie sollen im Interesse der allgemeinen Wirtschaft und zur Förderung des Abholungsverfahrens auf 9 und 12 Mark herabgesetzt werden. Die Gebühr von 5 Pfg. für je eine Reichsmark gestundete Post- und Telegraphengebühren wird auf 2 Pfg. ermäßigt, die Mindestgebühr beträgt wie bisher 50 Pfg. Die Gebühr für umfangreiche Nachforschungen — jetzt 2 RM. für eine Stunde und 50 Pfg. für jede weitere Viertelstunde — soll auf die Hälfte dieser Höhe ermäßigt werden.

Italien löst die Südtiroler Feuerwehr auf.

Italienisches Militär und Miliz versagen die Hilfe bei Bränden.

München. Die Feuerwehren von ganz Südtirol sind aufgelöst, weil die Meinung der Italiener darin geht, sie seien staatsgefährlich. Vor einigen Tagen sind auch die gesamten Geräte beschlagnahmt worden. Auf einen Mann ist niemand mehr eingerichtet.

Welche Folgen diese Maßnahmen haben können, das wird wohl beilebtest durch einen Brand am südwestlichen Ausgange der Stadt Brigen. Das Feuer brach in der Nacht ungefähr um 1 Uhr in einem Hause aus und verbreitete sich rasch, weil keine Hilfe zur Stelle war, auf das Nachbarhaus. Erst nach ungefähr einer Stunde konnten Nachbarn die erste Hilfe leisten. Vorher waren die

Bewohner schutzlos den Flammen preisgegeben.

Für mit Hilfe der Nachbarn war es dann möglich, die Kinder aus den brennenden Säufen zu retten. Ein Teil der Einrichtung und das Vieh konnten aus einem Hause in Sicherheit gebracht werden. Die Italiener verweigerten vollkommene, sowohl Militär als Miliz. Es klangten die Sturmglocken, und es erschien auch Militär am Platze, sah aber tatenlos zu. Die Miliz hatte sich vollständig ferngehalten.

Kein einziger Italiener hob helfend die Hand.

Trotz des Verbotes haben einige beherzte Feuerwehrmänner der Stadt eine Schlauchleitung gelegt, und nach ungefähr zwei Stunden wurde die kleinste und älteste Schmelze von drei ehemaligen Feuerwehrmännern an die Brandstelle geschleppt. Gegen Morgen gelang es dann, durch Niederreißen der beiden Häuser und eines Zwischengebäudes, den Brand zu isolieren. Wäre der Brand in der Mitte der Stadt ausgebrochen, so wäre ein Katastrophe unvermeidlich gewesen.

Die rheinischen Kohlenziehungen.

Verhaftung bekannter rheinischer Großaufleute.

Berlin. Am Freitag sind in Berlin eine Anzahl zum Teil bekannter Geschäftsleute aus dem Rheinland verhaftet worden, die nach Berlin gekommen waren, um bei dem Reichsstaatskommissar zu versuchen, eine nachträgliche Genehmigung der bekannten Kohlenziehungen nach Holland zu erwirken.

Französische Erklärung zur Frage der Militärkontrolle.

Wortklaubererei um „ständig“ oder „stabil“.

Paris. Von zuständiger französischer Seite wird im Hinblick auf die in der Presse verbreiteten Nachrichten erklärt, daß die französische Regierung keineswegs die Absicht habe, eine ständige Völkerverbundkontrollkommission zu verlangen, da dies im Widerspruch zu dem Artikel 213 des Verfallener Vertrages stehen würde. Die französische Regierung werde aber gewisse Ergänzungen der Vollmachten dieser Untersuchungskommission fordern, und zwar in der Richtung, daß diese Kommission eine gewisse Stabilität besitze.

Das Auswärtige Amt in Paris legt Wert darauf, in dem diplomatischen Wortspiel, „ständig“ und „stabil“ einen besonderen Unterschied zu sehen. Was die Abschaffung der interalliierten Militärkontrollkommission anlangt, so wäre der neue Bericht dieser Kommission abzuwarten, von dem es abhängen werde, ob die Völkerverbundkonferenz dem Völkerverbundrat die Abschaffung der interalliierten Kontrollkommission vorzuschlagen werde oder nicht.

Die letzten Meldungen, die aus Paris über Militärkontrolle und Untersuchungsprotokolle vorliegen, werden zum Teil so aufgefaßt, als ob die französische Regierung in gewissem Umfang zum Nachgeben bereit sei. Im Gegensatz dazu muß daran festgehalten werden, daß schon die Absicht, die Verhandlungen über Ende November hinauszuzögern, die offenbar bei den Franzosen vorliegt, in

Widerspruch zu der Stellung der Reichsregierung